

Anfrage

des Abgeordneten **Landbauer**

an Herrn Landesrat Ing. Maurice Androsch gem. § 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend: Bedarfsorientierte Mindestsicherung

Bei der durch LHStv. Mag. Mikl-Leitner im August letzten Jahres präsentierten Rechnungsabschluss 2015 zeigte sich, dass es Niederösterreich wieder einmal nicht geschafft hat, den vorgegebenen Finanzrahmen einzuhalten, sondern dieser um sage und schreibe 285 Millionen überschritten wurde. Ein Großteil dieser Mehrkosten ist der Flüchtlingskrise sowie der steigenden Arbeitslosigkeit und der damit einhergehenden Bedarfsorientierten Mindestsicherung zuzuschreiben. Diese schlug sich für Niederösterreich im Jahr 2015 mit 61 Millionen Euro zu Buche – elf Millionen mehr als veranschlagt.

Diesbezüglich anzumerken ist auch, dass sich die Anzahl der BMS-Bezieher in Niederösterreich in den Jahren 2012 bis 2015 um 40 (!) Prozent erhöht und sich die dafür vorgesehenen Ausgaben mit einem Plus von 45,8 % beinahe verdoppelt haben.

Der Gefertigte stellt daher an Herrn Landesrat Ing. Maurice Androsch folgende

Anfrage

1. Wie viele Mindestsicherungsbezieher gab es mit Stichtag 01. Jänner 2017 in Niederösterreich, aufgeschlüsselt nach Bezirken, Staatsbürgerschaft, Aufenthaltsstatus, Geschlecht, Grund der Inanspruchnahme und Alter?
2. Wie viele Personen bezogen Leistungen aus der Mindestsicherung im Zeitraum 01. Jänner bis 31. Dezember 2016 in Niederösterreich aufgeschlüsselt nach Bezirken, Staatsbürgerschaft, Aufenthaltsstatus, Geschlecht, Grund der Inanspruchnahme, Alter und der jeweiligen Bezugsdauer?

3. Erhielten die Personen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, über Kernleistungen hinausgehende Leistungen nach dem NÖ MSG?
 - a. Wenn ja, um welche Leistungen handelt es sich, aufgeschlüsselt nach ihrer Art?